

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 50

Verband der Buchbinder
Verbandspreis 1,50 Mk. Nur Postbezug
Bestellung bei allen Postämtern

Berlin, den 6. Dezember 1925

Verband der Buchbinder
Verbandspreis 1,50 Mk. Nur Postbezug
Bestellung bei allen Postämtern

41. Jahrgang

Mehr Schutz der Arbeit.

Einen großen Raum in der gewerkschaftlichen Betätigung der Vorkriegszeit nahm der Kampf um Verbesserungen im Gesundheits- und Unfallschutz

In den Betrieben ein. Das war eine Notwendigkeit. Wenn auch durch die Gesetzgebung die aus bössartiger Profitgier und Gleichgültigkeit gegenüber dem Arbeiter geborene Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums in etwas eingeschränkt war, so blieb doch mehr als genug zu tun übrig. Immer wieder mußten die Gewerkschaften den sozialpolitischen Gesetzen und den einfachsten Geboten der Gewerbehygiene Geltung verschaffen und oft genug war es nötig, eine geringfügige Verbesserung auf dem Gebiete des Gesundheits- oder Unfallschutzes dem verbissenem Unternehmer abzutrotzen. Das gab für die zentralen und örtlichen Leitungen der Gewerkschaften nicht minder wie für die Vertrauensleute in den Betrieben immer neue Aufgaben. Ein jäher Kleinrieg wurde geführt, von dem die Öffentlichkeit wenig gewahr wurde, der aber recht beachtliche Erfolge zeitigte, Erfolge, die um so höher zu bewerten waren, als ja der Kampf nach zwei Fronten geführt werden mußte. Die Rückständigkeit des Unternehmers erfuhr eine nicht geringe Rückstärkung durch die Gleichgültigkeit vieler Arbeiter, denen es noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen war, sich auch im Betriebe als Kulturmenschen zu fühlen und auf die Verwirklichung dementsprechender Forderungen zu drängen. Es war eigentlich ein Kampf nach drei Fronten. Stand doch der übermächtige Staat auf der Seite des Unternehmers und stellte fast seinen gesamten Apparat in dessen Dienste. Der Staat erwies sich als äußerst schwerhörig gegenüber dem Verlangen der Arbeiter. Von Staats wegen geschah nur das Allernotwendigste zum Schutze des Arbeiters, gerade so viel, um die alljährliche Rekrutierung für das Heer nicht zu gefährden. Und die Gewerbeinspektionen waren selten genügend sozialen Geistes voll, um von sich aus über das durch gesetzliche Vorschriften gegebene Maß hinaus anregend und fördernd zu wirken. Für die Verbesserung des Gesundheitschutzes zu kämpfen blieb also den Gewerkschaften vorbehalten und den parlamentarischen Vertretungen der Arbeiter.

So stand es in der Vorkriegszeit.

Und in der Gegenwart?

Was ist anders, besser geworden? Der Staat wird nach wie vor in weitestem Ausmaße von

wirtschaftlichen Mächtegruppen aus dem Unternehmertum

beherrscht. Soziale Einsicht, soweit überhaupt vorhanden in Ministerien und nachgeordneten

Behörden, kann insgedessen nicht zur Geltung kommen. In den Gewerbeaufsichtsamtern ist allerdings manches besser geworden, seitdem auch sozialistisch gesinnte, aus Handarbeiterkreisen hervorgegangene Beamte zur Mitarbeit berufen sind, aber im großen und ganzen wird auch in diesen Ämtern dem Wort des Unternehmers noch weit mehr Gewicht zuerkannt wie dem des Arbeiters. In Unternehmerkreisen gar wird heute dem Gesundheitschutz im Betriebe womöglich noch weniger Wert beigemessen wie früher — wenn ein Ueberbieten der Gegnerschaft des Unternehmers aus der Vorkriegszeit überhaupt möglich ist. Die stehende Einwendung jener Kreise gegen jedwede Verbesserung ist:

Die deutsche Wirtschaft hat kein Geld übrig für sanitäre Maßnahmen.

Dieser Stellungnahme begegnet man sowohl im großen bezüglich der sozialpolitischen Aufgaben gesetzgeberischer Arbeit, als auch im kleinen bezüglich der sanitären Einrichtungen im einzelnen Betriebe.

Leider ist auch das Interesse der Arbeiterschaft an den Fragen des Gesundheitschutzes nicht so rege, wie man wünschen müßte. Krieg und Kriegsfolgen haben auf dem Gebiet des Gesundheitschutzes eine verheerende Wirkung in zweierlei Hinsicht mit sich gebracht. Einmal ist die Notwendigkeit vermehrten Gesundheitschutzes infolge der ungeheuerlichen Schwächung der Volksgesundheit stark gewachsen, zum anderen aber ist auch die Gleichgültigkeit gegen die gesundheitlichen Gefahren in den Betrieben überaus groß geworden. Insbesondere hat die Zeit der gesteigerten Geldentwertung geradezu unheilvoll gewirkt. Die Gedanken waren nur auf das Nächstliegende eingestellt, bei dem Arbeiter ausschließlich erfüllt von der

Sorge um das nackte Leben.

Notgedrungen mußten in den hinter uns liegenden Jahren auch die Gewerkschaften die Fragen des Gesundheitschutzes, der Gewerbehygiene unbeachtet lassen, weil drängendere Aufgaben zu lösen waren. Auch in der bisher kurzen Zeit der Stabilisierung nahmen andere Dinge die Kraft der Gewerkschaften bis heute völlig in Anspruch. Die Kämpfe um die Arbeitszeit und um einen höheren Lohnanteil ließen keine Zeit und auch keine Mittel übrig für den Kampf um vermehrten Gesundheitschutz. Gegenwärtig sind die Lohn- und Arbeitskämpfe zwar keineswegs abgeschlossen, im Gegenteil. Aber die Gewerkschaften sind gekräftigt genug, um darüber hinaus auch anderer Aufgaben gedenken zu können. Und — was nicht unwesentlich ist — die Aufmerksamkeit der Arbeiter ist jetzt auch wieder für andere Dinge zu gewinnen, die über den direkten Existenzkampf hinausgehen. (Schluß folgt.)

Das Ende des Streiks der Etuisarbeiter in Rathenow.

Nach fünfwöchigem hartnäckigen Kampfe haben die Etuisarbeiter in geheimer Abstimmung beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen wieder aufzunehmen. Diesem Entschluß war nachstehendes vorausgegangen:

Der amtliche Schlichtungsausschuß hatte die Parteien zu einer Verhandlung zusammengerufen. Hier erklärten die Unternehmer, daß sie infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse außerstande seien, irgendwelche Lohnerhöhung zuzustimmen zu können. Es habe sich in den letzten Wochen die schon ohnehin ungünstige Lage infolge mangelnder Aufträge noch weiter verschlechtert, so daß sie kein erhebliches Interesse an einer baldigen Wiederaufnahme der Arbeit hätten. Angesichts dieser Sachlage war es für unsere Vertreter natürlich ganz unmöglich, zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung vor dem Schlichtungsausschuß zu kommen und die Verhandlungen wurden daher abgebrochen. Auch die Haltung eines Teiles der Streikenden war mitbestimmend für den obigen Beschluß. Von diesen hatte sich leider ein Teil zur vorzeitigen Wiederaufnahme der Arbeit bereit gefunden und war damit den übrigen in den Rücken gefallen. Dabei waren es zum Teil gerade diejenigen, die vordem nicht laut genug zum sofortigen Streik rufen konnten. Das ist eine Beobachtung, die man auch anderwärts schon öfter machte, und es erscheint uns daher sehr zweckmäßig, wenn sich unsere Verwaltungen diese überradikalen Leute recht genau ansehen, die nie früh genug loszuschlagen können.

Alle diese Umstände waren für die Streikleitung Veranlassung, den Streikenden zu empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies geschah denn auch nach einer Verhandlung mit den Unternehmern am 19. November. Wegen Mangel an Arbeit konnten zunächst 40—50 Kolleginnen und Kollegen nicht eingestellt werden, doch wurde vereinbart, daß vor deren Wiedereintritt Neueinstellungen nicht vorgenommen werden. Etwa 20 Streikende sollen nicht wieder eingestellt werden, wobei die Vertreter der Unternehmer jedoch ausdrücklich erklärten, daß von einer Maßregelung keine Rede sein könne! Aber darüber wird noch geredet werden.

Dieser Ausgang des Kampfes in Rathenow stellt zweifellos eine Niederlage dar, denn das erstrebte Ziel wurde nicht erreicht. Dieser Misserfolg ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der ruhigere und abwägende Teil der Beteiligten sich zu einem nicht recht geeigneten Zeitpunkt zum Losschlagen drängen ließ und dann durch die bereits erwähnte unkollegiale Handlungsweise eines Teiles der Berufsangehörigen selbst. Dadurch war von vornherein eine wenig günstige Position für die Ausständigen gegeben. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß trotz des verlorenen Kampfes die organisierte Kollegenschaft mit ungebrochenem Mut ihr Streben nach ausreichender Entlohnung fortsetzen wird.

Es dürfte sich lohnen, im Anschluß an die hier geschilderten Vorgänge die tarifliche Entwicklung in der Etuisindustrie einmal Revue passieren zu lassen. Da der zurzeit gültige Reichsmantelarifvertrag mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist am 31. März 1926 abläuft, gilt es auch, zu untersuchen, ob es sich empfiehlt, für diesen Industriezweig das zentrale Vertragsverhältnis fortzusetzen oder aber ob es richtiger ist, im Gegensatz zu der Tarifpolitik, die wir in den übrigen Zweigen der papierverarbeitenden

Industrie verfolgen, den Etuisfabrikanten gegenüber jedes zentrale Vertragsverhältnis abzulehnen.

Unsere Tarifunterhändler haben infolge der Zerissenheit unseres Berufes und der verschiedenartig gelagerten Interessen im Unternehmerlager von jeher bei allen Lohnverhandlungen und bei allen Unternehmerverbänden die heftigsten Widerstände gefunden, wenn es galt, die Löhne den Lebensbedürfnissen anzupassen. Trotzdem ist es noch immer gelungen, im zentralen Vertragsverhältnis mit den Unternehmerverbänden zu bleiben. Eine Ausnahme gibt es lediglich in der Etuisindustrie. Für diese besteht der Reichsmanteltarif noch, aber seit dem 29. Mai 1925 kein zentraler Lohnvertrag mehr. Schon vor dieser Zeit ist es nur mit Hängen und Würgen und mit mehrmaliger Unterbrechung und fast stets nur mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums möglich gewesen, zu einem Lohnvertrag zu kommen.

Was sind die Ursachen dieser Erscheinung? Die Unternehmer und deren Doktoren beschuldigen die Gewerkschaftsvertreter, den eigenartigen Verhältnissen der auf den Export angewiesenen Industrie nicht Rechnung zu tragen. Sie seien vielmehr bestrebt, die Etuisarbeiterlöhne auf der gleichen Stufe wie in der übrigen papierverarbeitenden Industrie zu halten und diese öde Gleichmacheret sei die wirkliche Ursache, daß man sich nie zu einigen vermöchte. Die Dinge liegen aber wesentlich anders. Die Unstimmigkeiten datieren seit dem Jahre 1923, nachdem sich die Etuisfabrikanten vom Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten getrennt hatten. Es wird auch von uns nicht verkannt, daß die Industriezweige, die in der Hauptsache für den Export arbeiten, sich in einer schwierigen Lage befinden. Daneben aber spielen noch andere Umstände eine Rolle. Die Unternehmer haben sich seinerzeit eine besondere Interessensvertretung zugelegt in Gestalt einiger gelehrter Doktoren, die in Berlin ein Bureau unterhalten zu dem Zweck, durch die Wahrnehmung der Unternehmerinteressen sich eine angenehme Existenz zu schaffen. Die Herren Doktoren vertreten neben den Etuisfabrikanten noch eine Reihe anderer Unternehmerverbände. Die bedeutendste Gruppe davon ist die Brandenburgische Metallindustrie. Angesichts der schandbaren Lohnlage gerade in diesen Berufen und durch die außerordentlich niedrigen Löhne anderer Industrien in der Provinz Brandenburg läme dieses Bureau in arge Bedrängnis, wenn unter seiner Leitung für die Etuisindustrie Lohnverträge zustande kämen, die über denen der übrigen Industriezweige stehen würden. Die Herren Doktoren verwandten deshalb ihre ganze Beredsamkeit darauf, keinen Lohnvertrag für die Etuisindustrie zustande kommen zu lassen, der denen der übrigen papierverarbeitenden Industrie gleich kam. So war es in den Jahren 1923 und 1924. Im Unternehmerlager sah man diesen Werdegang mit einem nassen und einem trockenen Auge an. Diente diese Stellungnahme dadurch, daß die Löhne niedrig gehalten und damit der Profit der Unternehmer gesteigert wurde, ihrem Interesse, dann war es ihnen auf der anderen Seite auch wieder höchst unangenehm, daß es nicht mehr gelang, auf dem Wege der Verständigung zu einem Lohnvertrag zu kommen. Man verfiel deshalb im Unternehmerlager auf die Idee, den Spitzenlohn der Klasse I an die Spitzenlöhne der verwandten Gruppen heranzurücken. suchte aber Auswege, um die Löhne der unteren Klassen weiter in größerem Abstand zu halten, und zwar gerade in den Orten, in denen die Industrie ihren Sitz hat. Hier kam ihnen erstmalig der Schiedspruch vom 23. Februar 1925 zu Hilfe, der einen Spitzenlohn in Klasse I von 83 Pf. vorsah (Kartonnagen-Spitzenlohn 70 Pf.), während nach diesem Schiedspruch die Löhne in den Klassen III bis VI neben der sonstigen Abstufung noch extra 5 Proz. niedriger sein sollten. In Rücksicht auf die wenig günstigen Verhältnisse in der Etuisindustrie stimmten unsere Vertreter damals diesem Schiedspruch zu, nachdem diese Regelung als eine Ausnahme bezeichnet wurde, die am 28. Mai wieder zu Ende sein sollte. Am 23. Mai kam es dann zu einer Vereinbarung, nach der die bis dahin geltenden Löhne bis zum 2. Juli verlängert wurden, jedoch mit der Maßgabe, daß einige namhaft gemachte, aber für die Etuisindustrie weniger bedeutende Orte der Klassen III bis VI aus der Sonderstellung mit 5 Proz. Lohnnachschuß herausgenommen wurden, während alle anderen noch in der Sonderstellung bleibenden Orte am 3. Juli auscheiden sollten. Diese Vereinbarung

Achtstundentag und Washingtoner Abkommen.

Die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ist zu einer großen Komödie ausgeartet. Von den großen Industriestaaten erklärte einer nach dem andern, das Washingtoner Abkommen ratifizieren (bestätigen, annehmen) zu wollen, wenn — die anderen das gleiche getan haben würden. So beruft sich ein Industriestaat auf den andern und — alles bleibt beim alten. Daran wird auch durch die Tatsache nichts geändert, daß einige Kleinstaaten eine vernünftigeren Haltung eingenommen haben. So ist bekannt, daß in Belgien der Arbeitsminister dem Parlament einen Gesetzesentwurf unterbreitet hat, durch den das Washingtoner Abkommen ratifiziert werden soll. In seiner Begründung weist er darauf hin, daß die großen Prinzipien der in Washington ausgearbeiteten Sozialgesetze voll und ohne Einschränkung anerkannt werden müssen. Der Entwurf sieht daher auch die bedingungslose Anerkennung vor, zumal sich in anderen Staaten, z. B. der Tschechoslowakei gezeigt habe, daß das Wirtschaftsleben unter der neuen Ordnung in keiner Weise leidet, sogar erfreuliche Fortschritte gemacht habe. Die Begründung sagt, daß das gute Beispiel eines Landes wie Belgien, daß sich mit der Ratifizierung an die Spitze aller demokratischen Länder stelle, anregend auf die anderen Industriestaaten wirken werde. Wörtlich heißt es:

„Unser Prestige wird nicht nur gewinnen, sondern die Ratifizierung wird ohne Zweifel in allen Ländern als eine mutige Tat

bezeichnet werden, mit der wir unseren Glau- ben an die Fruchtbarkeit unserer Arbeit und die Hebung unseres Wirtschaftslebens an den Tag legen.“

Dem Spiel der Regierungen in den großen Industriestaaten soll jetzt ein Ende gemacht werden dadurch, daß in allen Ländern eine umfassende Aktion zugunsten der Ratifikation des Washingtoner Abkommens eingeleitet und durchgeführt werden wird. Bei dieser Aktion muß der deutsche Arbeiter an der Spitze stehen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation im Reichstag eingebracht, in der die Ratifikation gefordert wird. Mit diesem Vorgehen kann und darf sich die Arbeiterschaft nicht bescheiden. Sie selber muß ihren Willen klar und zweifelsfrei zum Ausdruck bringen, daß es ihr ernst ist mit ihrem Bestreben, den Achtstundentag voll und ohne Vertauschungen gesetzlich festzulegen. Deshalb muß jeder Kollege und jede Kollegin teilnehmen an den Veranstaltungen, die jetzt zur Durchführung der Forderungen eingeleitet werden.

Dabei darf nie vergessen werden, daß die Frage der Sicherung der Arbeitszeit gleichbedeutend ist mit Ausbau und Festigung der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Achtung vor den Sozialgesetzen ist nur in der Masse des Volkes zu finden. Das Unternehmertum pfeift darauf, wenn ihm die Arbeiterschaft nicht selbst die Respektierung durch ihre geschlossene Einheit beibringt. Vergeßt das nicht!

wurde dann einige Tage später dadurch illusorisch gemacht, daß die Unternehmer erklärten, die Zustimmung zu dieser Regelung sei irrtümlich erfolgt. Die Lohnfrage blieb darum offen. Versuche, eine andere Regelung zu finden, waren erfolglos. Am 21. Juli kam es zu einem neuen Schiedspruch, der wohl den Spitzenlohn in Klasse I auf 82 Pf. festsetzte, aber wieder die Bestimmung enthielt, daß in den Klassen III bis VI ein besonderer Lohnnachschuß von 5 Proz. eintreten sollte. Dieser Schiedspruch wurde von den Tarifinstanzen, insbesondere aber auch von den in der Klasse III bis VI befindlichen Jahrestellen abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte nicht der Lohnhöhe selbst wegen, sondern insbesondere wegen des fünfprozentigen Abzuges. Die Lohnfrage blieb also weiter offen.

Am 15. August wurde auf Veranlassung des Arbeitsministeriums durch den Schlichtungsausschuß Potsdam ein Schiedspruch gefällt, der den Spitzenlohn auf 83 Pf. erhöhte, der aber wiederum mit Ausnahme einiger namhaft gemachter Orte die alte Ungerechtigkeit bestehen ließ, daß die wichtigsten Etuisorte einen besonderen Lohnnachschuß von 5 Proz. auf sich nehmen sollten. Auch dieser Schiedspruch verfiel lediglich infolge der letzteren Bestimmung durch unsere Tarifinstanzen einschließlich der Etuisstellen der Ablehnung. Nachdem die von den Unternehmern nachgesuchte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom Arbeitsminister am 11. September abgelehnt war, hatte sich die Lohnfrage endgültig totgelaufen.

Aus dieser sich so ergebenden Lage heraus ist der Lohnstreit in Rathenow entstanden. Wäre in den zurückliegenden Monaten die Geschäftslage eine günstiger gewesen, dann wäre es zweifellos auch in den übrigen Etuisorten zu Lohnkämpfen gekommen. Die Entwicklung der Dinge muß Veranlassung geben, in allen Etuisorten in eine Prüfung über die zukünftige Stellungnahme zum Reichstarif einzutreten.

In der Nr. 48 der „Etuiz-Zeitung“ veröffentlicht der Spinditus des Unternehmerverbandes, Dr. Hillenbrand, einen Artikel unter der Überschrift: „Die Lehren aus dem Etuisarbeiterstreit in Rathenow.“ Diese Ausführungen zeigen wieder einmal, wie recht wir haben, wenn wir das Dr. Hillenbrandische Bureau für diejenige Stelle halten, die einem tarifvertraglichen Verhältnis in der Etuisindustrie nur hemmend im Wege steht. Es fehlt diesem Ratte das notwendige „Fingerzeigegestühl“ oder, wie ein anderer Unternehmerrückblick sich gern auszudrücken beliebt, die „Tariföhren“. Er treibt eine Politik, die dem Verhalten des bekannten Tieres im Porzellanladen gleicht. Wenn die Arbeiterschaft nach dem gleichen Rezept verfahren würde, das Herr Dr. Hillenbrand seinen Mitglieðern empfiehlt, dann würde die Etuisindustrie überhaupt nicht zur Ruhe kommen. Der gute Mann vergißt in seiner Einfältigkeit ganz, daß den Rathenower Fabrikanten der Sieg doch nur zugefallen ist, weil in den zurückliegenden Wochen die Wirtschaftslage so ungünstig wie selten war. Er bedenkt nicht, daß auch wieder einmal andere Zeiten kommen, in denen die Dinge anders laufen. Aber so sind nun einmal diese Leute, sie meinen sich wunder wie schlau, wenn sie sich möglichst scharfmacherisch betätigen.

Aus der Krankenversicherung.

Es gibt in der Krankenversicherung eine Anzahl Leistungen, deren Gewährung auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung die Krankenkassen von einer gewissen Mitgliedsdauer abhängig machen müssen. Dies ist besonders bei der Wochenhilfe der Fall. Es erhalten nach den gesetzlichen Bestimmungen nur die weiblichen Mitglieder einer Krankenkasse Wochenhilfe, die in den letzten zwei Jahren vor der Entbindung mindestens sechs in das letzte Jahr vor der Entbindung fallen. Dieselbe Vorschrift gilt für die Ehefrauen und Töchter

463000:18! :

Die Lösung dieses Exempels scheint sehr leicht zu sein, beim näheren Zusehen jedoch findet man, daß sie alle gesunde Logik über den Haufen wirft und daß sie geeignet ist, die Chronique scandaleuse unserer Zeit wieder um ein würdiges Beispiel zu vermehren.

Die Ruhrindustriellen, die die Befehung des Ruhrgebiets für sich zu einem guten Geschäft machten, hatten im Jahre 1924 heimlich, still und leise von der Reichskasse außerdem noch das nette Sümmchen von 706 452 500 Rentenmark in die Hand gedrückt bekommen. Kein Mensch, auch der Reichstag als die Instanz, ohne deren Zustimmung solche Millionenausgaben nicht gemacht werden dürfen, wußte darum. In einer Denkschrift zur Bewichtigdung der ob dieses Geschenkes an die Unternehmer anhebenden Beunruhigung erfuhrt man dann die Verteilung dieser Summe. Den Löwenanteil mit 556 000 000 Rentenmark erhielt das Ruhrkohlenyndikat und die Hüttenindustrie. Nach der „Metallarbeiter-Zeitung“ kommen dabei gegen 1200 Firmen in Frage, die sich diesen Raub teilten. Jedes dieser Unternehmungen erhielt also im Durchschnitt

463 000 Rentenmark.

Zu welchen Zwecken diese Summen verwendet worden sind, weiß natürlich kein Mensch. Ein vom Reichstag eingesetzter Ausschuß zur Nachprüfung der Rechtmäßigkeit dieses Geschenkes an die Ruhrindustriellen hat jetzt, nach mehr als drei Vierteljahre, noch nichts von sich hören lassen.

Nun kursiert im Ruhrgebiet und auch anderswo das Gerücht, daß Leute vorhanden sein sollen, die durch die Ruhrbesetzung eine noch größere Schädigung an Hab und Gut zu tragen hatten, wie die von der Regierung so fürstlich

bedachten Ruhrindustriellen. Die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet hatte nicht nur Hab und Gut aufs Spiel zu setzen, sie riskierte nicht nur Leib und Leben, sie trug nicht nur materielle Schädigungen größten Ausmaßes davon, auch ein gut Teil ihrer ideellen Güter ging zum Teufel. Dafür ist die Arbeiterschaft jetzt auch entschädigt worden. 12 Millionen wurden ihr zugesprochen, die da verteilt werden unter Beachtung von tausenderlei Erschwerungen für die einzelnen Empfänger. Da nach der „Metallarbeiter-Zeitung“ hierbei gegen 650 000 Personen in Frage kommen, so entfällt auf den einzelnen im Durchschnitt

18,46 Rentenmark.

Die Unternehmer bekamen ihre Millionen summen schnell und verlohnen in die Hand gedrückt. Wenn aber ein Prolet jetzt Anspruch erhebt auf den Durchschnitt von 18,46 Mk., dann muß er seine Seele in Geduld fassen. Da wird geprüft und recherchiert, Grundläge und Richtlinien en masse aufgestellt, damit nichts überflüssig werde. Und wer dann der Glückliche ist und seine sechs Dreier Entschädigung als Lohn treuen Aushaltens im Kampfe um den Anteil an der Ruhrentschädigung nach Hause tragen kann, der hüte sich, ein neues Rechenexempel aufzumachen. Die gehabte Lauferei, wie der Aerger und die Zeitverschwendung werden materiell viel schwerer wiegen als der wahrhaft fürstliche Betrag, den er aus der Ruhrentschädigung erhält.

Dem Unternehmer 463 000 Mk., dem Arbeiter nach langer Mühe 18,46 Mk. So geht es bei uns zu, und der deutsche Michel im Arbeiterrock schläft zum größten Teil noch immer. Wie lange noch?

der Versicherten, die als Familienangehörige Anspruch auf die Familienwochenhilfe haben. Wird von einem Mitglied diese Wartezeit nicht beigetragen, so wird keine Wochenhilfe gewährt. Zu bemerken ist hierbei, daß die verlangte Mitgliedszeit nicht bei einer Klasse nachgewiesen werden muß. Es können nach einander verschiedene Klassen in Betracht kommen. Die Hauptsache ist, daß das Mitglied überhaupt die verlangte Zeit einer Krankentasse oder einem Knappschaftsverein angehört hat.

Auch für die der Klasse als Versicherungsberechtigte betretenden Mitglieder kann die Klassifizierung eine Wartezeit von höchstens sechs Wochen vorschreiben, ehe sie Anspruch auf irgendwelche Leistungen aus der Krankenversicherung haben.

Eine andere Bestimmung der Reichsversicherungsordnung (§ 208) besagt, daß die Mitglieder, die der Klasse eine längere Zeit angehören, nach der Zahlung Anspruch auf höhere Leistungen, sogenannte Mehrleistungen, haben können. So ist es denn auch meist in der Praxis. Die Mehrleistungen (höheres Krankengeld usw.) gewähren die meisten Klassen nur den Mitgliedern, die mindestens sechs Monate im letzten Jahre gegen Krankheit versichert waren oder sind.

Nach § 214 der Reichsversicherungsordnung haben diejenigen Mitglieder, die wegen Erwerbslosigkeit aus der Klasse ausscheiden und in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechsundzwanzig Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen gegen Krankheit versichert waren, noch einen weiteren Anspruch an die Klasse, wenn der Unterstützungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung eintritt. Bei den Mitgliedern, die im letzten Jahre nicht sechsundzwanzig Wochen oder unmittelbar vor dem Ausscheiden aus der Beschäftigung nicht sechs Wochen der Klasse angehört haben, erlischt jeder Anspruch an die Krankentasse mit dem Ausscheiden aus der Beschäftigung. Ebenso können nach den Bestimmungen des § 313 der Reichsversicherungsordnung nur die-

jenigen Personen nach dem Ausscheiden aus ihrer Beschäftigung freiwillige Mitglieder einer Krankentasse bleiben, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechsundzwanzig oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen einer reichsgesetzlichen Krankentasse oder einem Knappschaftsverein als Pflichtmitglied angehört haben. Wird diese Zeit nicht erfüllt, dann kann die Person nicht freiwilliges Mitglied einer Krankentasse werden.

Wir sehen also, daß viele Leistungen der Krankenversicherung, und oft gerade die wichtigsten, wie z. B. die Wochenhilfe und Familienwochenhilfe, von dem Nachweis einer gewissen Karenzzeit abhängig gemacht werden. In vielen Kreisen ist dies leider noch viel zu wenig bekannt. Es kann jeder Person, die irgendwelchen Anspruch an die Krankenversicherung stellen will, im eigensten Interesse nur geraten werden, sich beim Eintritt von Arbeitslosigkeit usw. sofort bei der zuständigen Krankentasse als freiwilliges Mitglied anzumelden. Die Anmeldung als freiwilliges Mitglied ist spätestens innerhalb drei Wochen nach dem Austritt aus der Beschäftigung bei der Krankentasse zu bewirken. In Frage kommt bei der Anmeldung stets die Krankentasse, bei welcher die letzte Pflichtmitgliedschaft bestanden hat. Bemerkenswert sei noch, daß die Zeit, während der ein Mitglied von der Klasse Leistungen bezieht (Krankengeld), als Mitgliedszeit mitrechnet und auch bei obigen Karenzzeiten mitzählt.

Der Not der Zeit gehorchend, hat der Reichsarbeitsminister an die Krankentassenverbände ein Rundschreiben gerichtet, daß, soweit die Reichsversicherungsordnung eine gewisse Wartezeit bei der Gewährung von Leistungen und bei der Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung vorseht, ausgewiesene und verbrängte Versicherte, die in ihre Heimat zurückkehren, so behandelt werden, als ob sie trotz der Ausweisung Mitglied einer Klasse geblieben wären. Den ungeschuldig vertriebenen und ausgewiesenen Klassenmitgliedern ist durch diese Verfügung viel geholfen.

Kleis-Weimar.

Obermeister Freisdorf-Hannover †

Im Alter von 61 Jahren ist am 23. November der Obermeister der Buchbinderinnung in Hannover, Herr Karl Freisdorf, nach längerer Krankheit gestorben.

Herr Freisdorf spielte im Innungsleben unseres Gewerbes eine gute Rolle. Seit 1913 amtierte er im Vorstand des Bundes Deutscher Buchbinderinnungen, zuletzt als dessen zweiter Vorsitzender, nachdem er vorher sechs Jahre das Innungsorgan, die „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“, geleitet hatte. Seit 1919 gehörte er der Tarif- und Lohnkommission der Unternehmer als Vertreter des Bundes Deutscher Buchbinderinnungen an, und bei den vielen Lohnverhandlungen der letzten Jahre, an denen er fast regelmäßig teilnahm, haben wir ihn kennen gelernt als vornehmen Charakter. In ruhiger, vornehmer Weise vertrat er dort seine Anschauungen, wie sie ihm durch seine Tätigkeit im Innungsband eingegeben wurden. Herr Freisdorf hat sich ganz unzweifelhaft Achtung bei allen erworben, die mit ihm zu tun hatten, und wenn es seine wirtschaftlichen Gegner waren. Der Innungsband verliert mit ihm eines seiner besten und hervorragendsten Mitspieler, mit dem jeder — abgesehen von den materiellen Gegenständen — gern zusammen arbeitete.

Die Arbeitskämpfe im dritten Vierteljahr 1925.

Jetzt, nachdem die statistischen Aufzeichnungen über die Arbeitskämpfe im dritten Vierteljahr vorliegen, zeigt sich deutlich die aufsteigende Kurve bei den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Gegenüber dem zweiten und ersten Vierteljahr 1925 sehen wir eine erhebliche Belebung der wirtschaftlichen Kämpfe, die hauptsächlich dadurch gekennzeichnet sind, daß das Unternehmertum vielfach das offensivste Kampfmittel, die Aussperrung, anwendet. Allerdings mit sehr geringem Erfolg. Denn die gewerkschaftliche Abwehr und Kraft hat sich doch vielfach als stärker erwiesen, als das Unternehmertum angenommen hatte. In den Kämpfen waren hauptsächlich beteiligt: die Metallindustrie, das Baugewerbe und die großen Verkehrsbetriebe der Post und Eisenbahn.

Die Taktik der Arbeitgeberverbände, durch Aussperrungen größeren Stils die Arbeiterschaft in kürzester Frist lahmlegen zu wollen, zeigte sich hauptsächlich im Baugewerbe. Im Juli sahen wir bereits 150 000 Bauarbeiter im Kampf. Nach Ablehnung ungenügender Schiedssprüche erfolgte Androhung der Generalaussperrung für Mitte August, dann für Anfang September, doch kommt schließlich Ende August eine Vereinbarung zustande. Wenn auch die Bauarbeiter nicht voll ihre Forderungen durchsetzen konnten, die Unternehmer erreichten jedenfalls ihr Ziel, überhaupt keine Lohnzulagen zu bewilligen, nicht. Mit nur einem weit geringeren Teilerfolge mußten sich dagegen die Arbeiter in den oben genannten großen Verkehrsbetrieben abfinden.

Auch in der Metallindustrie kam es in dem genannten Zeitraum zu umfangreichen Kämpfen. So kämpften in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie 34 000 Arbeiter zwei Monate lang. Große Kämpfe spielten sich auch in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie, dem Rächener, dem sächsischen und einigen norddeutschen Metallarbeiter-Industriegebieten ab. Der Ausgang dieser Kämpfe war nicht einheitlich, jedoch so, daß fast überall von beachtenswerten gewerkschaftlichen Erfolgen gesprochen werden kann. Umfangreichere Arbeitskämpfe hatte auch die Textilindustrie, die Ziegelindustrie, die chemische Industrie. Zu erwähnen wäre noch der hartnäckige Kampf der Arbeiter in den Schriftgießereien, der sich über zwei Monate ausdehnte und mit einer 10prozentigen Lohnerhöhung beendet wurde. Von weniger Erfolg für die daran beteiligten Arbeiter waren die Kämpfe im Bergbau. Teilweise Lohnerhöhungen bis zu 8 Proz., im Ruhrbergbau wurden die Arbeiter auf spätere Verhandlungen verfrachtet. Die allgemeine Krise im Kohlenbergbau muß natürlich auch lähmend auf gewerkschaftliche Aktionen wirken.

Das Gesamtbild der Arbeitskämpfe im dritten Vierteljahr 1925 ist für die Gewerkschaften nicht ungünstig. Die ersten großen Versuche der Unternehmer in der neueren Zeit, mit dem Mittel der

Ausperrung die Gewerkschaften in ihrer Bewegung zu lähmen oder sie gar zu sprengen, sind als gescheitert zu betrachten. Aber es werden noch nicht die letzten Versuche sein. Je mehr sich das Unternehmertum konsolidiert, je mehr Kräfte wird es zur Bekämpfung der Gewerkschaften freibekommen und in den Kampf einziehen. Allerdings mehren sich die Anzeichen, daß die Wirtschaftslage Deutschlands durch große Auslandsaufträge sich bessern kann. Sollten diese Vermutungen zur Wirklichkeit werden, wäre dies allerdings wieder für das an den Aufträgen beteiligte Unternehmertum Anlaß, ihre Angriffslust auf die Gewerkschaften zunächst etwas zu zügeln.

4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums sind bis zum September rund 4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Das ist ein schöner Erfolg sowohl der Arbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die entsprechenden Bestimmungen in das Gesetz brachte, als auch der Mitarbeit der Funktionäre, die es übernommen haben, den Steuerpflichtigen beim Stellen der Anträge behilflich zu sein.

Gleichwohl ist die Summe der Rückzahlungen, gemessen an dem gemaltigen Aufkommen der Lohnsteuer, noch verhältnismäßig klein. Wenn bisher nicht mehr zurückgezahlt worden ist, dann liegt das einmal daran, daß noch immer bei weitem nicht alle Steuerpflichtigen von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben. Sodann sind aber vor allem die Rückzahlungen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse neben den Rückzahlungen infolge Verdienstaussfalls nicht genügend berücksichtigt worden. Gerade aus diesen Erstattungen lassen sich aber noch große Summen heraushehlen und hierfür bedarf es der weiteren Mitarbeit aller Funktionäre, weil es hier noch mehr darauf ankommt, daß im Antrag die Notlage des einzelnen Falles besonders eindringlich geschildert wird. Da die Frist für diese Anträge ebenfalls mit dem 31. Dezember abläuft, müssen die nächsten Wochen ausgenutzt werden. Wo die Zeit nicht ausreicht, um die Belege zu beschaffen, empfiehlt es sich, die Anträge zunächst ohne die Belege rechtzeitig einzureichen und die Belege später nachzusenden.

Neben der Ermäßigung der Lohnsteuer im Wege nachträglicher Rückerstattung darf aber die Möglichkeit nicht vergessen werden, die Lohnsteuer für das folgende Jahr von vorn herein zu ermäßigen. Diese vorherigen Ermäßigungen erfolgen durch eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, sowie der Pauschätze für Werbungskosten und Sonderleistungen, und zwar ebenfalls nur auf Antrag. Jedoch sind diese Erhöhungsanträge an keine Frist gebunden, sie können jederzeit gestellt werden.

Die Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder

und verwandten Geschäftszweige hat die ersten drei Quartale des laufenden Jahres mit folgendem Rechnungsergebnis abgeschlossen:

Gesamteinnahme	319 120,18 Mf.	= 100,0 Proz.
Ausg. f. Leistungen	226 780,96 Mf.	= 71,1 Proz.
Reservefonds überwies.	52 696,63 "	= 16,5 "
G.-B.-Fonds überwies.	6 982,67 "	= 2,2 "
Berf. Verwaltung	25 598,90 "	= 8,0 "
Sächf. Verwaltung	7 061,02 "	= 2,2 "
Summa	319 120,18 Mf.	= 100,0 Proz.

Am 65 mit 52 Wochen ausgesteuerte Mitglieder wurden aus dem G.-B.-Fonds als besondere Unterstützung insgesamt 3005 Mf. überwiesen.

Kassenbestand am 30. Sept. 1925	139 543,79 Mf.
Bestand des Sterbefonds	72 639,15 "
Bestand des G.-B.-Fonds	12 124,60 "

Zahl der Unterstützungstage:

1905—1914 im Durchschnitt pro Jahr	86 848 Tage
1924	158 073 "
1925 in den ersten drei Quartalen	126 074 "

Die Staatsbibliothek in München.

II.

Wir nähern uns jenen sturmvolten Zeiten deutscher Geschichte, die durch den Dreißigjährigen Krieg unschrieben werden. Auch für die Münchener Bibliothek sollte dieser große, in allen Dingen so verheerungsvolle Religionskrieg nicht ohne einschneidende Folgen bleiben. Hebelberg war im Jahre 1622 durch Lilly erkürrt; die berühmte dortige Bibliothek, die Palatina, wurde eine Kriegsbeute Maximilians, die dieser unverstänlicherweise an den Kaiser nach Rom verschickte, ein noch heute für Deutschland unerfeglicher Verlust. Nicht lange und die Verhältnisse sollten sich auch für die Münchener Bibliothek infolge des Krieges schwierig gestalten. Die Schweden waren 1632 in Bayern eingedrungen; die Einnahme Münchens stand unmittelbar bevor, so daß Maximilian I. um seine berühmte Bibliothek in banger Sorge war. Er ließ daher die kostbarsten Bücher in Kästen verpacken und auf die Feste Burghausen bringen. Als die Schweden am 17. Mai 1632 unter Gustav Adolf ihren Einzug in München hielten, hatte sich die Bürgerschaft gegen eine bedeutende Summe die Sicherheit des Eigentums erkaufte. Wenn die Schweden auch im allgemeinen diese eingegangene Verpflichtung hielten, dann blieben einzelne Plünderungen doch nicht aus. Auch die Bibliothek war diesen ausgesetzt, jedoch sind über den tatsächlichen Umfang der Plünderungen keine zuverlässigen Berichte vorhanden.

Zwei Jahre später brachte die Schlacht von Rördingen der Münchener Bibliothek erheblichen Gewinn, da durch die Einnahme von Tübingen die auf dem dortigen Schloß befindliche städtische Bibliothek den Bayern in die Hände fiel. Maximilian ließ sie nach München überführen, um, wie er sagte, „die Scharte auszuweken“, die seiner Bibliothek durch die Schweden entstanden war. Aus diesem Anlaß kam auch die berühmte Bibliothek des schwäbischen Gerichtsschreibers Crusius in die Münchener Bibliothek, wodurch ein erheblicher Zuwachs an kostbaren Büchern stattfand. Neben seltenen griechischen Handschriften ist besonders eine prächtige Bibel Martin Luthers erwähnenswert, die von Hans Dufft in Wittenberg im Jahre 1560 in zwei großen Folio-Bänden auf Pergament gedruckt worden war. Diese Bibel ist geschichtlich besonders charakteristisch dadurch, daß Philipp Melancthon mit eigener Hand eine kurze Lebensgeschichte des großen Reformators neben acht lateinischen Distichen eingezeichnet hat. Erhöht wird der Wert der Bibel nach der künstlerischen Seite noch dadurch, daß die Bände materiell von Lukas Cranach d. J. geschmückt sind, indem sie die Bildnisse des Kurfürsten August von Sachsen, sowie Luthers und Melancthons enthalten. Wohl der bedeutendste Schatz dieser Bibliothek war jedoch eine der berühmten Mainzer Bibeln, die wir, aus dem Jahre 1462 stammend, als eines der ältesten deutschen Druckwerke betrachten dürfen. Die Bibliothek dieses Tübinger Gelehrten bereicherte die Münchener Bibliothek außerdem mit zahlreichen polnischen, wendischen und hebräischen Büchern.

Unter Maximilian I. wechselte auch die Bibliothek ihre Räume, indem eine Ueberfiedlung von der „Neuen Feste“ nach dem „L. Hof“ erfolgte. Der Nachfolger dieses bayerischen Kurfürsten Ferdinand Maria wurde für die Münchener Bibliothek insofern von Bedeutung, als er am 12. Dezember 1663 der kurfürstlichen Hofkammer den Befehl erteilte, alle Buchdruckereien anzuweisen, daß an die Münchener Bibliothek unentgeltlich ein Pflichtexemplar geliefert würde.

Unter den weiteren bayerischen Herrschern, die die Entwicklung der Staatsbibliothek in großem Maße förderten, ist besonders noch Maximilian Joseph, aber vor allem Kurfürst Karl Theodor zu nennen. Kurfürst Maximilian Joseph traf hauptsächlich eine vortreffliche Wahl in den Bibliothekaren, unter denen besonders Andreas Felig von Desele hervorragt, der sich durch Erforschen und Herausgabe der vaterländischen Geschichtsquellen seiner Heimat verdient gemacht hat. Der Name des pfälzischen Kurfürsten Karl Theodor bedeutet in der Geschichte der Münchener Bibliothek einen neuen Martenstein; nicht mit Unrecht nennt man diesen weit über seine Zeit gebildeten Fürsten den zweiten Gründer. Dieser pfälzische Kurfürst besah in Mannheim eine hervorragende Bibliothek, für deren Vermehrung namhafte Gelehrte bedeutende Ankäufe in Frankreich

und Italien ständig besorgten. Besonders wurden hierbei wertvolle Handschriften berücksichtigt. So wurden unter anderem im Jahre 1766 für die Mannheimer Hofbibliothek die berühmten, im Besitz des Freiherrn von Redinghousen befindlichen Handschriften erworben, die noch heute eine unschätzbare Fundgrube für die Geschichte von Westfalen, Südde, Meve, Berg und Rheinland bilden. Wenige Jahre später, 1769, folgt der Erwerb der hervorragenden handschriftlichen Sammlung des Gelehrten Camerarius, die wertvolles Quellenmaterial zur Geschichte des 16. und 17. Jahrhunderts, politisch wie literarisch, enthält. Eine hervorragende, auf Veranlassung des Kurfürsten bewirkte Erwerbung betraf die Bibliothek des italienischen Gelehrten Petrus Victorius, der als Philologe einen Weltruf genoss. Dieser Ankauf stellt eine große Bereicherung der dortigen Bibliothek dar. Insbesondere waren in dieser Victorius-Bibliothek seltene Ausgaben der berühmten alten italienischen Offizins von Benedig und Neapel enthalten.

Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung.

Das Unternehmertum läuft unentwegt Sturm gegen die achtstündige Arbeitszeit mit der primitiven Behauptung, daß eine Produktionssteigerung nur auf dem Wege der Arbeitszeitverlängerung zu erzielen sei. In zahlreichen Abhandlungen hat die Arbeiterpresse nachgewiesen, daß Produktionssteigerung durch aus nicht mit Arbeitszeitverlängerung identisch ist. Bei näheren Untersuchungen stellt sich immer wieder die Komplexität des Achtstundentagesproblems heraus. Lohnhöhe, Lohnmethoden, Ergiebigkeit der Produktion usw. komplizieren das Arbeitszeitproblem, andererseits müssen die Gewerkschaften, abgesehen von ihren anderen Einwänden gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus, vor allem den Achtstundentag als Kulturforderung in den Vordergrund stellen. Ein Verdienst nach dieser Richtung hat sich vor allem Albert Kranold mit seiner Untersuchung „Das Problem des Achtstundentages“ erworben. Kranold stellt aber nicht nur die sozialen und kulturellen Gründe der Forderung nach dem Achtstundentag heraus, sondern hat wohl als erster die primitive Unternehmerbehauptung, daß Ergiebigkeit der Produktion von der Verlängerung der Arbeitszeit abhängig sei, mit seiner ersten wissenschaftlichen Arbeit erschüttert. Kranold stellt mit Unterstützung einer ergatt ausgearbeiteten Karte dar, wie die Ergiebigkeit der Produktion nicht allein von der Arbeitszeit, sondern von den Faktoren der Arbeitsleistung abhängig ist. Arbeitsort, Alter, Geschlecht, Nation, Rasse, innerbetriebliche und außerbetriebliche, körperliche und geistige Faktoren beeinflussen die Ergiebigkeit der Produktion weit mehr als die Dauer der Arbeitszeit. Wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, plant jetzt auch der Verein für Sozialpolitik große Erhebungen, um ergatt zu ermitteln, „welche Veränderungen in konkreten Fällen Verkürzungen oder Verlängerungen der Arbeitszeit in der Arbeitsleistung und im Gesamtbetrieb mit sich gebracht haben“.

Die Arbeiterkassette selbst kann eine derartige halbamtliche Untersuchung nur begrüßen. Die Untersuchung wird sicher den Schrei der Unternehmer nach Verlängerung der Arbeitszeit erheblich dämpfen. Aber ganz gleich, wie diese Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik auch ausfallen mögen, als kulturelle Forderung der Gewerkschaften bleibt die Forderung nach möglichst kurzer Arbeitszeit bestehen. Nach Lage der Sache ist zu hoffen, daß die in Aussicht stehende Enquete die alte gewerkschaftliche Forderung des Achtstundentages erheblich unterstützen wird.

Fremde Fehler haben wir vor Augen, unsere liegen uns im Rücken.
Seneca (Vom Zorn).

So leicht ein Wort dem scheint, der es hinwirft, so schwer dem, der es aufnimmt und wiegt.
Gracian.

Schau um dich, lerne in dem eig'nen Wesen die Welt und in der Welt dich selber lesen!
Julius Hammer.

¹⁾ Verlag: Gewerkschaftsachts, Sena. Preis 8,00 Mk. neb. 4,80 Mk.

UNSERE JUGEND

Empor.

Wir kommen aus der Tiefe,
Wir kommen aus der Finsternis.
Wir gingen ungekannt
Vom ersten Tage bis zum Tod
In einem Dunderland.

Wir sahen nicht die Kette,
Wir hörten nicht den Sklavenlaut.
Wir schafften taub und blind
Und schwiegen nachts besungen
In unserm Labyrinth.

Es ist an einem Tage
Ein schwerer Seufzer aufgewacht:
Die Kette schmerzt so sehr.
Der Seufzer wurde Flamme
Und lohte vor uns her.

Die Flamme ward zur Sonne,
Die leuchtend überm Gipfel steht
So warm, so voll, so rot.
O Bruder, sie will brennen
In unsere kalte Not!

Wir wollen aufwärts steigen.
Es führt ein Weg zum höchsten Grat
Durch Dornen und Gestein.
Wir schlagen in den Felsen
Die Stufen uns hinein.

Ernst Brezgang.

Jugend und Alter.

Von Adolf Braun.

Die Jugendbewegung ist nicht nur für die Jugend da, sie dient auch den Alten. Je älter die einzelnen werden, ob sie stille und nicht allgemein sichtbare Arbeit im Kreise ihrer Werkstattkameraden, Berufsgenossen und Jugendfreunde leisten, oder ob sie in den Vordergrund der Arbeiterbewegung an verantwortlicher Stelle geschoben sind, sie alle empfinden das heranwachsende oder eingetretene Alter nicht nur wie andere gleichalterige als eine drohende Last. Wenn sie zurücksehen auf Jahrzehnte von Arbeit, in denen sie alltäglich gebraucht wurden von der Bewegung, in denen sie stets in ihr gewirkt haben und mit all ihren Sinnen bei ihr gewesen sind, dann fragen sie sich, wer wird künftig keine Arbeit leisten, wer wird die Stelle ausfüllen, die du auszufüllen dich bemüht hast? Ich glaube, daß manche von uns Alten durch derartige Überlegungen niebergedrückt und gelähmt, oder doch in ihrer Tätigkeit geschwächt und gehemmt werden.

Wenn wir Altwerdenden oder vielleicht schon Altgewordenen zu solchen Überlegungen kommen, dann drückt uns vor allem der Gedanke, daß gar vieles, was wir früher einmal leisten wollten und was wir heute noch leisten möchten, unausgeführt geblieben wird oder doch jedenfalls in Frage gestellt ist. Handelt es sich um eine große und wichtige Arbeit, dann fragen wir uns, wer wird sie bis zu Ende führen? Alle diese trüben Gedanken sammeln sich in der Frage nach dem Nachwuchs in der Arbeiterbewegung.

Je älter jemand wird, je größer sein Wirkungsbereich war, desto mehr Interesse hat er an dieser Frage, desto erfreuter ist er aber auch, eine um Ideenkreis der Arbeiterbewegung heranwachsende proletarische Jugend sich vorbereiten zu sehen für den Dienst in der Bewegung. So erhebt und kräftigt uns Alte — ich glaube da nicht nur in meinem Namen zu reden — die Teilnahme an Veranstaltungen unserer Jugend. Wenn wir uns unter der Arbeiterjugend bewegen, dann empfinden wir nicht mehr, wie alt wir sind, dann fühlen wir uns freier in der Sorge für die Zukunft. Dann muß aber auch die Arbeiterjugend von dem Pflicht-

gefühl erfüllt sein, all die Hoffnungen einmal zu erfüllen, die die Alten mit ihnen in Freundschaft verbinden und deren Erfüllung sie von ihr erwarten. Die Jugend kann sicher sein, daß die Alten sie lieben, sie schätzen, sich ihrer freuen, aber auch von ihnen vieles erwarten. Hieraus muß in der Jugend selbst ein starkes Pflichtgefühl erfließen.

Die Jugend muß das Werden unserer Bewegung kennenlernen, sich in sie versenken; aus dieser Erforschung des Aufstiegs sollte die Jugend zu der Erkenntnis kommen, daß ihre Väter und Großväter, als sie so jung waren, wie die jetzige Jugend, ein viel härteres Leben zu ertragen hatten, viel schwerer den Druck des Staates und des Kapitalismus zu empfinden hatten, als das der heutigen Jugend beschieden ist. Keiner ist der Meinung, daß die Jugend von heute in eine falsche Zufriedenheit eingelullt werden soll oder gar in das Gefühl, daß die Arbeit andere schon getan haben und daß ihr nicht die Pflicht zur Arbeit für die Bewegung genau ebenso erwacht, wie diese Arbeit freudvoll und eifrig von ihren Vätern und Großvätern geleistet wurde, als diese noch jugendliche Arbeiter waren. Wir wären unglücklich, wenn die Arbeiterjugend auch nur etwas von ihrer Selbständigkeit, von ihrer Frische, von ihrem Elan verlieren würde. Als wir Alten jung waren, waren wir auch anders, als wir heute sind, und wir täten unrecht, von der Arbeiterjugend zu fordern, daß sie bedächtiger, überlegter, klüger und verständiger sei, als wir waren, als wir als Junge zu den damals Alten stießen. Wir Alten wollen die Jugend verstehen und wollen von der Jugend nichts verlangen, was dem Wesen der Jugend widerspricht.

Aber auch die Jugend muß sich ihrer Pflichten stets bewußt sein; sie soll sich geistig kräftigen, den Grundgedanken unseres Strebens kennenlernen, zu begreifen suchen, was sie noch nicht versteht, sich hineinzuwenden bemühen, warum wir Alten manches anders sehen wie die Jugend und nicht immer zu den gleichen Urteilen kommen wie sie.

Der Jugend tut es gut, zu empfinden, daß es eine der bedeutendsten Geistesübungen ist, die Motive der Älteren zu begreifen. Es wäre unüberlegt, anzunehmen, daß diejenigen, die reifer und überlegter geworden sind, deswegen etwa vernünftiger und apathischer geworden sind. Die Jugend muß wissen, daß sie weder geistig, noch sozial das geworden wäre, wenn nicht bereits Generationen vor ihr den Weg bereitet hätten. Die Alten verlangen keine Dankbarkeit von der Jugend, sie verlangen nur, daß die Jugend versteht, was vor ihr gewesen ist, und daß vieles anders aufgefaßt werden kann, ja vielleicht auch aufgefaßt werden muß, als es mit jugendlichen Sinnen geschieht.

Wir Alten freuen uns der Frische und der Lebendigkeit der Jugend. Wir sind tolerant gegen die Jugend und so manches, was die Jugend tut, wird nicht so streng eingeschätzt, und beurteilt, wie wenn es von einem Älteren „verbrochen“ wäre. Den meisten Alten ist nichts unsympathischer als der Gedanke, der Arbeiterjugend gegenüber den miefelstüchtigen Unteroffizier zu spielen.

Welche Gegenleistungen für das Entgegenkommen der Alten die Jugend der Arbeiterbewegung zu bringen hat, wird jeder aufgeweckte Junge, in dem der Wille zur Arbeit schon wach geworden ist, selbst wissen. Sie werden arbeiten für die Bewegung, sie werden sich einreihen in ihre Cadets, und sie werden suchen, zu begreifen, was die Alten wollten und warum die Alten anders wollen und tun, als sie es — füglich doch als vorerst Unvollendete — für einzig vernünftig halten.

Oh du handelst, halt Bericht mit dir selbst!
Wenn dann dein Gewissen spricht:
„Recht ist, was du willst, und Pflicht“; —
vorwärts dann und warte nicht,
bis du kämpfend endlich siegst
oder ringend unterliegst.

J. Benedey.

Unsere Volkshochschulen.

Zwei Berichte von Kollegen, die von unserem Verband nach Linz und Frankfurt gelangt wurden.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Am 1. Oktober d. J. eröffnete die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. ihren fünften Lehrgang. An diesem nahmen 60 Hörer teil, davon sind 41 Hörer vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund entsandt worden, deren Kosten durch den Kulturbetrag, der seit einigen Monaten von den freien Gewerkschaften erhoben wird, bestritten werden. Von den übrigen 19 Hörern beteiligten sich 14 auf eigene Kosten. Die Stadt Frankfurt hat aus den Reihen ihrer Arbeiter und Angestellten drei Hörer entsandt; zwei Hörer erhalten Zuschüsse vom Landeshauptmann in Nassau, desgleichen erhalten drei Hörer Stipendien vom Landeshauptmann in Schleswig-Holstein. Den Hörern, die auf eigene Kosten an dem Lehrgang teilnehmen, werden Beihilfen gewährt, die der Verein der Freunde und Förderer der Akademie durch Sammlungen ausbringt. Von den christlichen Gewerkschaften sind diesmal keine Hörer entsandt worden, wohl aber gehören fünf Hörer diesen an. Hervorzuheben ist, daß am jetzigen Lehrgang fünf Frauen teilnehmen.

Die Stoffgebiete, die zur Behandlung stehen, haben einen wohlgeordneten, systematischen Aufbau und stehen miteinander in engster Verbindung. Das äußerst weit verzweigte Gebiet der Wirtschaft bildet die Grundlage für alle anderen Gebiete. Es nimmt seinen Anfang in der Wirtschaftslehre, in dem Aufbau und der Gliederung der Wirtschaft, in der Wirtschaftsgeographie, der Betriebswirtschaftslehre und gleitet dann über in die eigentliche Wirtschaftstheorie, um dann durch die Wirtschaftspolitik ergänzt zu werden. Zwischendurch wird die Geschichte des 19. Jahrhunderts behandelt, um den Zusammenhang mit allen anderen Gebieten herzustellen. Die Gebiete der Staats- und Rechtswissenschaft schließen sich den wirtschaftlichen Betrachtungen an, zum Teil greifen sie in diese ein. Den Abschluß des Lehrganges bilden Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik. Durch diese Gliederung der Gebiete kam der Hörer, der aus dem praktischen Leben, aus dem Produktionsprozeß kommt, anfangs auf seiner Lebensführung aufbauen, dann einen Gang durch die Theorien der vier großen Gebiete machen, um am Ende durch die Gesellschaftspolitik zur Wirklichkeit wieder zurückzukehren.

An Dozenten sind an der Akademie hauptamtlich angestellt die Herren Dr. Ernst Michael (Staatslehre und Staatspolitik), Prof. Dr. Erik Ritting (Wirtschaftswissenschaften), Dr. Wih. Sturmfels (Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik). Außerdem sind nebenamtlich eine ganze Anzahl prominenter Persönlichkeiten zu Vorlesungen vorgesehen, darunter befinden sich die Herren Prof. Dr. Singheimer, Dr. Fraenkel, Engelbert Graf, Prof. Dr. Heidebroek. Fernerhin haben einige im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten ihre Mitarbeit zugesagt.

Erich Pollak.

Die Heimvolkshochschule Linz.

Der Ausgang des Bülkerkrieges stellte die deutsche Arbeiterbewegung sowohl politisch wie wirtschaftlich vor eine Fülle neuer und großer Aufgaben. Die Gewerkschaften wurden aus einer vom Volksgesamt verfolgten Interessengruppe ein wirtschaftlicher Machtfaktor, der berufen ist, die Interessen der Arbeiterklasse im kapitalistischen Wirtschaftsprozess maßgebend zu vertreten. Mit dem Umsturz von 1918 nahmen die Gewerkschaften gegenüber Staat und Kapital eine völlig neue Stellung ein. Die Gewerkschaften wurden gesetzlich anerkannt, ebenso erfolgte gesetzliche Anerkennung der Tarifverträge, Anerkennung des Acht-Stunden-Tages, Koalitionsfreiheit, Arbeiterausschuß in den Betrieben und Einsetzung

paritätischen Arbeitsnachweises. Dieses vielseitige und tiefe Eingreifen in das Wirtschaftsleben, das einen gewerkschaftlichen Funktionswandel bewirkte, fordert eine kluge und geschulte Führerschaft. Die kapitalistische Produktionsweise ist in steter Entwicklung begriffen und das Verständnis dieser Entwicklung fordert eine immer größere Sachkenntnis.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in und nach der Revolution hat unserer Wissenschaft neue Probleme gestellt. Die Entwicklung hat uns gelehrt, daß die formale Demokratie nicht ausreicht, das Leben der Arbeiterklasse grundlegend zu verändern, es tritt vielmehr noch ein neuer Faktor in den Vordergrund, nämlich die wirtschaftliche Gleichberechtigung. Es ist einer politisch gleichberechtigten Arbeiterschaft nicht geholfen, wenn sie ökonomisch unaufhörlich unterdrückt wird. Dieser Kampf um die wirtschaftliche Gleichberechtigung kann nur Aufgabe der Gewerkschaften sein. Die außerordentlich wichtigen Tageskämpfe müssen darum von einer gewerkschaftlichen Theorie begleitet sein, die ein klares Ziel anzeigt und beide, Theorie und Praxis, müssen in Wechselbeziehungen miteinander stehen.

Hier setzt die Notwendigkeit einer gründlichen Schulung der Arbeiterklasse ein, hier liegt der kulturelle Wert der Heimvolkshochschule Schloss Tinz. Tinz schärft dem jungen Proletarier den Blick für das Leben seiner Klasse, und hierin sehe ich als Schüler des siebenten Männerkurses den Wert meines Besuches dieser Schule. Fünf Monate stehen einer Gemeinschaft von 50 Schülern in jedem Kursus zur Verfügung, in denen ein reichhaltiger und vielseitiger Lehrplan ökonomisches, geschichtliches und kulturelles Wissen vermittelt.

Das größte Interesse der Schüler zeigte sich für die Wirtschaftslehre. Wir bekamen Einblick in die Grundlagen der Wirtschaftstheorie (unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitswerttheorie von Karl Marx), in das Geldwesen und Finanzkapital, die Finanzwissenschaft, die Weltwirtschaft und Handelspolitik, die Agrarwirtschaft, die Organisationsformen der kapitalistischen Wirtschaft (Kartelle, Trusts, Konzerne), in das Genossenschaftswesen und schließlich zum Schluß des Kurses wurden Sozialisierungsfragen besprochen. Bei allen unseren Untersuchungen haben wir uns nicht in westestrückten Theorien verloren, sondern immer den Boden der Realität zu wahren gesucht.

In der Gesellschaftslehre wurde Urgeschichte, die Sklavenwirtschaft und die feudale Gesellschaft nur kurz behandelt, aber um so eingehender die Ereignisse der letzten hundert Jahre, hier besonders die Arbeiterbewegung, sowie Staat und Gesellschaft und ihre Entwicklung bis in die heutige Zeit.

Als praktische Unterrichtsstoffe gelten zwei weitere Fächer, Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, und die Deutsche Reichsverfassung. Beide Gebiete gaben uns wertvolle Einführungen in die Organisation des heutigen Staates.

Die Vorlesungen über Gewerkschaftsbewegung und Arbeitsrecht brachten uns zunächst geschichtliche (nur rein organisatorische) Aufschlüsse über die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die Fülle des Materials, besonders der Entwicklung nach dem Kriege, brachte Diskussionsstoffe in reichem Maße. Mittel der Organisation, Schlichtungsbehörden und Fragen der Organisationsformen waren Gegenstand eingehender Besprechungen.

Tinz hat die Aufgabe, seine Schüler zu geistig regsamem, zu denkenden Menschen zu erziehen. Zur geistigen Vorwärtsentwicklung gehört aber nicht nur Ökonomie, Gesellschaftslehre und Arbeiterbewegung, sondern auch Literatur und Kunst. Gerade die Arbeiterklasse hat Anspruch auf Erschließung dieser edelsten Menschheitsgüter. Es ist darum zu begrüßen, daß die Volkshochschule Tinz auch diesen beiden Fächern ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Eine wertvolle Ergänzung erhält der Literaturunterricht in den einmal wöchentlich stattfindenden literarischen Abenden, in denen nach Möglichkeit die im Unterricht behandelte Literatur zur Verlesung kommt.

Ein besonderes Unterrichtsgebiet „Methodik der geistigen Arbeit“ gab uns Einführungen in die Methode des wissenschaftlichen Arbeitens und in die Logik, Rhetorik und Psychologie.

Als letztes wichtiges Fach, das dem Tinz Kursus ein besonderes Gepräge gab, sei noch der Unterricht über „Erziehung und Sozialismus“ genannt. Der bewegliche Stoff und die Persönlichkeit des Pädagogen regten an zum tiefen soziologischen Denken und wirkte in uns neuen Mut und neue Liebe zum Sozialismus. Bedauerlich war nur, daß dieses Erziehungsproblem erst am Schluß des Kurses behandelt werden konnte, anderenfalls hätte es seine Wirkungen auf das Gemeinschaftsleben unter der Schülerschaft nicht verfehlt.

Der Unterricht jagte uns mit aller Deutlichkeit, daß die Erziehung zum sozialistischen Menschen nicht beim Erwachsenen beginnen darf, sondern, wenn wir überhaupt zum Sozialismus kommen wollen, schon beim Kinde zu beginnen muß. Wie sieht aber die Kindererziehung in der heutigen Proletarierfamilie und weiter in der Schule aus? Herrscht in der Arbeiterfamilie gegenüber dem schwächeren Kinde nicht die grausamste Klassenjustiz? Das Kind kennt in den meisten Fällen nur Unterdrückung durch die Eltern. Diese Unmündigkeit setzt sich in der heutigen Schule, die durchaus im bürgerlichen Sinne erzieht und darum gar nicht „neutral“ ist, würdig fort. So zieht sich eine Kette der Unterdrückung durch das Leben des proletarischen Menschen, die im kapitalistischen Ausbeutungsprozeß zur ganzen Entfaltung kommt. Die heutige Arbeiterfamilie und die heutige bürgerliche Schule schaffen erst die Grundlage für die Duldsamkeit und Trägheit des später vom Kapitalisten ausgebeuteten Arbeiters. Dieser Arbeiter glaubt an keine bessere Zeit, wo auch seine Person sich entfalten kann, er ist nun einmal der entehrte und entrechtete Mensch, und sein Kamerad, der ihn vorübergehend die Lehre des Lebens verzeihen macht, ist — der Alkohol. Dieser Arbeiter kann wohl verstandenem die Notwendigkeit einer Organisation erkennen, aber gefühlsmäßige Verbundenheit mit den Ideen des Sozialismus ist mehr oder weniger unmöglich. Wichtig ist darum, die sozialistische Gefühlsbildung zu pflegen, und zwar besonders beim Kinde. Wir müssen darum das Kind als gleichberechtigten und werdenden Menschen betrachten, wir müssen das Kind achten, genau wie es uns achten soll, und schon in der frühesten Kindheit den Gemeinschaftsgedanken wecken. Wir müssen ihm eine Schule geben, in der es in dem Lehrer nicht den unbarmherzigen „Erzieher“, sondern einen Kameraden sieht. Der so erzogene Mensch wird, wenn er in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingereicht wird, mit ganz anderen Voraussetzungen den Kampf für Befreiung und Sozialismus aufnehmen. Die Psychoanalyse von Freud und Individualpsychologie von Adler hat den modernen sozialistischen Erziehungslehre wertvolle Ergänzungen für das Problem der Erziehung gegeben.

Hiermit soll, wenn auch nur in kurzen Umrissen, ein Einblick gegeben sein in das, was die Volkshochschule Tinz ihren Schülern zu geben bestrebt ist. Ebenfalls hoffe ich, den Wert und die Bedeutung dieser Gemeinschaftsschule für die Arbeiterschaft und für den Sozialismus im Rahmen meines Berichtes dargestellt zu haben.

Wir sind eine Kampforganisation von Proletariern, die bestrebt ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu heben und des weiteren berufen ist, ihre Anhänger zum sozialistischen Gemeinschaftsgeist zu erziehen. Notwendig ist aber Wissen und Bildung unter die Arbeiterschaft zu tragen, wenn wir Fortschritte sehen wollen. Jede Bildungsmöglichkeit muß darum der Kollegenchaft erschlossen werden, wenn auch materielle Opfer damit verbunden sind.

Um zu unserem Ziel zu gelangen, gebrauchen wir die Theorie, die der Praxis den Weg bahnen soll. Tinz soll nicht die Aufgabe haben, eine Theoretikertruppe in der Arbeiterschaft heranzubilden, sondern durch theoretische Untersuchungen die Praxis zu befruchten. Eine Praxis ohne Theorie ist planlos, ebenso ist eine Theorie ohne Praxis nicht lebensfähig. Erich Matthias.

Jugend und Wandern.

Warum wandert die Arbeiterjugend? Um auf diese Frage eine Antwort zu geben, genügt es nicht, zu sagen, es ist so schön. Hier gibt es feinere Fäden harzulegen. Wir müssen hier zwei Gruppen und ihre Einstellung zum Wandern einander gegenüberstellen. Arbeiterjugend und Wandervogel.

Der Wandervogel trat vor zirka 25 Jahren in die Erscheinung. Die Jugendlichen — sie waren fast ausschließlich bürgerlicher Herkunft — sahen sich zwei feindlichen Mächten gegenüber: der Schule und dem Elternhaus, die beide dem jugendlichen Gemüt keine Rechnung trugen. Und so suchten sie durch das Hinausziehen in die Natur wenigstens für einige Tage diesen Mächten zu entfliehen und frei zu sein.

Die jungen Arbeiter, die 1904 in Berlin zusammenkamen, als ein Lehrling, weil ihn sein Meister und seine Gesellen mißhandelt hatten, aus Verzweiflung Selbstmord beging, bildeten den Ausgangspunkt der Arbeiterjugend. Sie forderten Lehrlingschutzbestimmungen, Regelung der Arbeitszeit, Ferien usw. Ihre wirtschaftliche Not drängte ihnen diese Probleme förmlich auf und hierfür kämpften sie. Die Arbeiterjugend, die bei diesen Kämpfen sehr bald merkte, daß ihr noch ziemlich viel geistiges Rüstzeug fehlte, mußte dann nach der täglichen Arbeit noch ihre meistens mangelhaft genossene Volksschulbildung vervollkommen. Wenn sie dann sich einmal Sonntags freimachte und wanderte, so ist es nicht, wie beim Wandervogel, eine Flucht vor den Tatsachen des Lebens, sondern es galt, neue Kraft zu schöpfen für die ferneren Kämpfe im Leben.

Beim Wandern wird das Menschentum, das in der Fabrik zerstört wird, wieder aufgebaut. Um der jetzt immer weiter fortschreitenden Arbeitsteilung und der damit verbundenen einseitigen Ausbildung des Körpers im Beruf entgegengewirkt zu können, gibt es nur eines, Verkürzung der Arbeitszeit, um so den Menschen möglichst viel freie Zeit zu ihrer seelischen und körperlichen Erholung zu geben. Denn für die heutige Zeit sind Sport und Körperpflege bittere Notwendigkeiten und es ist keine Zufälligkeit, daß man gerade jetzt in den Kreisen der Jugend so viel von Gymnastik spricht.

Dann kommt für uns als Arbeiterjugend noch ein wichtiges Moment hinzu: die Erziehung zur Gemeinschaft. Wo ist die Möglichkeit hierzu wohl besser gegeben als beim Wandern? Hier muß jeder einzelne seine Interessen zum Wohle der Gruppe zurückstellen, und die Wanderung gibt die Möglichkeit, im kleinen Kreise schon sozialistisch zu leben.

Die Reichsverfassung sagt in ihrem Vorpruch: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen...“ Aber wie kann sich ein Volk einig sein, wenn es sich fremd gegenübersteht? Hier bietet wieder das Wandern eine Möglichkeit, die Eigenarten der verschiedenen Stämme kennen und verstehen zu lernen.

Für die älteren Genossen der Arbeiterjugend ist noch eine Frage, aber auch wohl weniger bei Tagesfahrten als bei Ferienwanderungen, zu beachten: die Erziehung. Und dieser Aufgabe müssen sich die Führer unbedingt bewußt werden, vor allen Dingen müssen sie immer daran denken, daß sie ihrer Gruppe Vorbild sein sollen.

**Auf, Brüder, auf! Hervor mit Macht,
Das Volk, es ist vom Schlaf erwacht,
Ein Volk, ein Heer, ein Wetterschlag,
Nun kommt der Freiheit großer Tag!
Nun soll die Arbeit siegen!
Die rote Fahne pflanzt nun auf!
Aus dunkler Nacht zum Licht hinaus!
O Glanz, o Sieg, o helle Ruhmesbahn!
O Glanz, o Sieg, auf, freies Volk, voran!**

**Auf, Brüder mutig in den Streit!
Es ist fürwahr die höchste Zeit,
Zu brechen alle Tyrannen,
Damit das ganze Volk wird frei
Und alle Band'n fallen!
Frei auf! Frei auf! Und einig seid,
So kommt des Volkes Herrlichkeit!
Ein Herz, ein Sinn und ein Banner,
In diesem Zeichen siegen wir!
Das macht den Feind zuckend!**

Gellerl.

Gewerkschaftliche Kräfte-Konzentration.

Die gewerkschaftliche Konzentration der Kräfte machte in letzter Zeit beachtenswerte Fortschritte. Wichtige Zusammenschlüsse gingen vor allem in den Organisationen, die dem Verkehr dienen, vor sich. Nachdem erst kürzlich die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner sich mit dem Deutschen Eisenbahnerverband zum Einheitsverband der Deutschen Eisenbahner verknüpfte, ist jetzt ein ähnlicher Zusammenschluß bei den Arbeitern und Beamten der Reichspost vor sich gegangen. Das Postpersonal, soweit es den freigewerkschaftlichen Gedanken pflegte, war bisher bei der Allgemeinen Postgewerkschaft und bei der Postabteilung des Deutschen Verkehrsverbundes organisiert. Diese Zersplitterung durch zwei gleichgerichtete Organisationen hat sich bei Kämpfen für die Postpersonalen oft störend bemerkbar gemacht. Beide Organisationen haben darum auf einem gemeinsamen Verbandstage die Konsequenzen gezogen und sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen. Als „Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft“ gehören sie jetzt als Unterverband dem Deutschen Verkehrsverband an und verstärken die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerschaft. Das Postpersonal wird in Zukunft in solidarischer Gemeinschaft mit allen Arbeitnehmern den Existenzkampf führen.

Ein Schutz- und Trutzbündnis zum Zwecke einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretung ihrer Mitglieder haben geschlossen: Der Deutsche Verkehrsband, der Einheitsverband der Eisenbahner, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten. Durch einen Gegenseitigkeitsvertrag sind diese Organisationen in ein Kartellverhältnis getreten. Daß die Stoffkraft und gewerkschaftliche Macht dieser Verbände durch diesen Zusammenschluß erheblich verstärkt ist, steht außer allem Zweifel, zumal die drei erstgenannten Verbände schon bisher, jeder für sich, eine starke gewerkschaftliche Macht repräsentierten.

Arbeit und Tuberkulose.

Ueber die Tuberkulosestatistik des Deutschen Reiches bringt die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine Uebersicht, und sie sagt dazu:

„Der größte Teil der Bevölkerung hat, zumest im Kindesalter, eine häufig kaum beachtete Infektion mit Tuberkulosebakterien davongetragen und beherbergt seitdem die Krankheitserreger nun an einer bestimmten Körperstelle. Hierdurch wird ihm eine gewisse Immunität gegen Reinfektionen verliehen und er erkrankt an Tuberkulose nur dann, wenn seine Widerstandskraft vermindert ist. Die Neuerkrankung wird dann durch die Tuberkelbazillen verursacht, die er selbst beherbergt, oder die ihn in dem durch Krankheit, Heberanstrengung, Unterernährung und dergl. geschwächten Zustande von außen treffen.“

So wurde das Absterben der Tuberkulösen im Kriege mit der Zunahme der Ernährungsschwierigkeiten und der Anspannung aller Volksträfte beschleunigt. Außerdem wurden die Tuberkulösen in immer weiter fortgeschrittenen Krankheitsstadien in die Fabriken und sonstigen Betriebe eingestellt und bildeten dort die Ansteckungsquelle für weitere schon geschwächte Bevölkerungskreise.“

Die Tuberkulosegefahr durch ungenügendes Einkommen und dadurch verursachte Unterernährung besteht auch heute in weiten Kreisen. Aber auch die Fabriken und Bureauräume, wie alle sonstigen Arbeitsplätze bedeuten auch heute in hohem Maße eine Ansteckungsquelle für Tuberkulose. Das beweisen uns neue Untersuchungen, über die im neuesten Heft der Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinverwaltung berichtet wird.

Ist es zu hoffen, daß nach dieser Statistik rund 12 Proz. der untersuchten Kranken noch bis zu vier Wochen vor dem Tode gearbeitet haben? Und daß mehr als die Hälfte noch bis 1/2 Jahr vor dem Tode tätig war? Im gefährlichsten Stadium hatten diese Kranken keine genügende Fürsorge. Bis zum Tode krank mußten sie arbeiten, sie waren damit eine große Gefahr für ihre Mitwelt, da die Ansteckungsgefahr mit der Nähe des Todes wächst. Hier liegen Mißstände vor, deren Beseitigung

dringend erforderlich ist. Derartige Zustände müssen auch denen den Rest geben, deren Gesundheit die Arbeitsbedingungen ohne die Infektion vielleicht noch ertragen hätte. Der Kampf um das Brot ist heute so schwierig, daß jede Gefahr, die auch noch von außen her in das Arbeitsleben eindringt, unbedingt vermieden werden muß.

Karton mit Papier kleben.

Papier auf Karton kaschieren, gestaltet sich schwieriger, als auf Papp. Der Klebstoff wird mit dem Pinsel möglichst gleichmäßig aufgetragen. Die Konsistenz des Kleisters muß der Eigenart des Papiers entsprechen. Nach dem Kleisteraufstrich dehnt sich das Papier. Kommt nun das gedehnte Papier mit dem trockenen Karton in Berührung, dann entzückt sich auch in der Struktur des letzteren eine Flächenveränderung, die aber nicht Schritt mit derjenigen des Papiers hält und je nach Klebstoffauftrag oder Klebstoffart, mehr oder weniger in Erscheinung tritt. Dadurch entstehen dann Blasen oder Wellen. Dieser Klebstand tritt noch derber auf, wenn dem Papier keine Gelegenheit gegeben wurde, sich bis zur äußersten Grenze zu dehnen. Der mit Kleister beschriebene Bogen muß deshalb etwa eine Minute liegen, ehe er zur Verarbeitung gelangt. Wenn es sich hierbei um Naturkarton handelt und das Papier neigt außergewöhnlich stark zum Dehnen, dann kann dem Welligwerden oder dem Blasenwerden dadurch begegnet werden, daß der Karton geraume Zeit vor dem Kaschieren auf einer Seite mäßig angefeuchtet wird. Durch diese Maßregel macht der Karton einen ähnlichen Dehnungsprozeß durch wie das Papier, und das hat zur Folge, daß sich beide bis auf das äußerste gestreckte Bogen ohne Blasen zusammenfügen lassen.

Ferner können auch Blasen durch ungeschickliches Anreiben entstehen. Dies muß strahlenförmig von der Mitte aus geschehen. Dadurch wird die Luft, die sich unter dem mit Klebstoff versehenen Bogen sammelte, herausgestrichen. Das Anreiben geschieht bei Affichenpapieren mit einer Bürste, bei Glacé- oder Chromopapieren mit dem Handballen. Um das Auflegen der mit Kleisterauftrag versehenen Bogen in großen Formaten bewerkstelligt zu können, sind zwei Personen nötig. Bei Handkaschierung werden bessere Ergebnisse erzielt, wenn Doppelformate geteilt werden. Durch Kleister wird das Kaschiermaterial sehr stark genäßt, daher ist es in manchen Fällen nützlich, wenn dem sonst keine Gründe entgegenstehen, säurefreien, schnelltrocknenden Kalkleim zu verwenden. Mit Hand kaschierte Bogen dürfen nicht unmittelbar nach dem Kaschieren aufeinandergelegt werden, sondern sie sind zwecks Trocknung einzeln in trockene Holzpappen zu legen und bleiben ein bis zwei Tage liegen. Auf diese Weise getrocknete Bogen ergeben stets eine glatte Fläche. Als das einfachste, beste und rationellste Verfahren muß das Kaschieren mit der Maschine bezeichnet werden. Lohnt sich deren Anschaffung nicht, dann ist es zweckmäßig, zum Auftrag des Klebstoffes eine Anleimemaschine zu benutzen.

Eine seltsame Postbesorgerung

Ist auf der dänischen Insel Moen üblich. Im östlichen Teil der Insel, wo die steilen, wildzerklüfteten Kreidefelsen am Meer emporragen, steht der Wanderer an Wegkreuzungen in halber Manneshöhe roh zusammengenanagelte Holzkästen besetzt, deren einzigen Verschluss ein großer Stein bildet. Das ist die „Brevkasse“ der auf den unliegenden Höfen wohnenden Bauern. In diese legen sie nicht nur ihre Postfächer nieder, damit sie der Briefträger weiter befördert, hier finden sich auch die für sie angekommenen Briefe oder Karten, und, wenn ein Paket unterwegs ist, die Anweisung, dieses in Borre oder Stege, den beiden einzigen Postanstalten Moens, abzuholen.

Berichte.

Deßau. Am 14. November konnte die Zahlstelle ihr 25jähriges Stiftungsfest feiern. In großer Zahl waren die Kollegen aus den Zahlstellen des Gaues erschienen, um mit uns den Tag festlich zu begehen. Gauleiter v. d. Reith-Magdeburg hielt die Festrede; er schilderte darin die Entwicklung der Zahlstelle und wünschte, daß die Kollegenchaft von Deßau sich für die Zukunft eifriger und in größerer Zahl

an der Arbeit für die Organisation beteiligen möge. Denn trotz der verhältnismäßig wenigen Berufsangehörigen am Ort ist nur die Hälfte der Beschäftigten organisiert. Er verwies auf die allgemeinen Organisationsverhältnisse in Deßau und betonte, daß viele Vorbildliche sind und wünschte, daß sich nun auch unsere Kollegenchaft dort einreicht. Aber auch eines Kollegen, der 25 Jahre in der Zahlstelle mitgearbeitet hat, konnte der Redner gedenken. Kollege Feistel konnte als Mitbegründer der Zahlstelle gefeiert werden. Dem Jubilar wurde das Gedenkblatt des Verbandes und als Anerkennung für seine Arbeit von der Kollegenchaft ein Andenken überreicht. Die Zahlstelle erhielt vom Gauvorkand ein Gedenkblatt des Gaues Magdeburg. Es sprachen und brachten noch Glückwünsche dar die Kollegen Haase-Halberstadt, Schwarz-Wittenberg und Vacker-Brandenburg. Vorträge und ein Ball schlossen die würdige verlaufene Feier.

Erfurt. In der am 27. November abgehaltenen gutbesuchten Mitgliederversammlung wurde, nachdem die Verbandsangelegenheiten erledigt waren, heftige Diskussion geführt über den Beschluß des Verbandstages betreffs Nachzahlungen an die Verbandsangestellten. Sämtliche Redner laiden diesen Beschluß nicht in der Ordnung. Es sollen die Opfer, die die Angestellten in der Inflationszeit gebracht haben, nicht verkannt werden, aber es haben auch die Kollegen in derselben Zeit mit ihren Familien um vieles schlechter leben müssen. Auch stehen die höheren Beiträge diesem unbilligen Beschluß gegenüber. Die Gesamtsumme der Nachzahlung wäre besser für das Allgemeinwohl der gelamten Kollegen verwandt worden. Gerade in unserer jetzigen traurigen wirtschaftlichen Lage, die voraussichtlich noch schlechter wird, ist es besser, da zu unterstützen und zu helfen, wo wirkliche Opfer gebracht werden. Die Erfurter Kollegen stehen vollständig auf dem Standpunkt der Leipziger Kollegenchaft und sind überzeugt, daß auch andere Zahlstellen sich in diesem Sinne aussprechen werden. Zum Schluß wurde die Ortsverwaltung beauftragt, ein Protestschreiben an den Verbandsvorstand zu senden. Widerspruch wurde nicht erhoben.

Hannover. Am 16. November fand unsere vierteljährliche Mitgliederversammlung statt. Kornacker erstattete den Geschäftsbericht, nach dem im dritten Quartal drei Sitzungen der Ortsverwaltung und der Vertrauensleute, zwei Mitglieder- und eine Generaterversammlung und zwei Betriebsversammlungen stattgefunden haben. In der Zigarettenkartonnagenindustrie wurde ein neuer Lohnstarif vereinbart. Derselbe Verhandlungen wegen Lohn- und Akkorddifferenzen machten sich in der Geschäftsbuchindustrie und bei der Firma Molling u. Co. mehrfach notwendig. Der Mitgliederbestand war am Ende des dritten Quartals 630 männliche und 1431 weibliche, zusammen 2061 Mitglieder. Die Beitragsleistung der männlichen Mitglieder hat sich im Laufe des Quartals wesentlich gebessert. Auch bei den weiblichen Mitgliedern ist eine Besserung der Beitragsleistung festzustellen, wenn auch diese immer noch zu wünschen übrig läßt. Kornacker wies nochmals auf die Nachteile hin, die den Mitgliedern selbst und der Organisation durch unpünktliche Beitragsleistung entstehen. Den Kostenbericht gab Kempe. Danach bilanziert die Verbandskasse in Einnahmen und Ausgaben mit 20 569,93 Mt. Der Verbandskasse konnten 13 211,20 Mt. zugeführt werden. Die Lokalasse weist eine Einnahme von 11 774,77 Mt. und einen Bestand von 10 432,78 Mt. auf.

Sodann berichtete Kornacker über die in Weimar und vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin stattgefundenen Verhandlungen mit den „Api“-Verbänden über den Reichsmontelarif und über die Verhandlungen mit dem DVB. Allgemeine Unzufriedenheit kam zum Ausdruck über die unsoziale Einstellung der Unternehmer, die nicht nur dringend notwendige Verbesserungen des Tarifs ablehnten, sondern sogar noch seit vielen Jahren Bestehendes beseitigen wollen. Kornacker ermahnte, trotz der schweren wirtschaftlichen Krise, die auch in unserem Berufe zu vermehrter Arbeitslosigkeit führe, unerregt den Kampf um die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen fortzusetzen.

Geer i. Offr. Die Papierwarenarbeiterchaft hatte eine Erhöhung ihres Lohnes um 15 Proz. bei den Unternehmern beantragt. Diese lehnten die Erhöhung der Löhne mit dem Hinweis auf den Geldmangel und den schlechten Umsatz der Tüten und Beutel ab, zumal sie eine sehr scharfe Skantierung in dieser Branche und außerdem hohe Verbandskosten zu tragen haben. Eine Verhandlung vor dem Schlichter in Emden brachte keinen Erfolg. Ein dann vom Schlichter in Emden eingesetzter Schlichtungsausschuß in Geer machte in einem Schiedspruch einen Einigungsvorschlag, nach dem die Unternehmer vom 9. November ab eine Lohnerhöhung von 7 1/2 Proz. zahlen sollen. Die Arbeiterchaft hat in einer Ver-

sammlung diesen Vorschlag angenommen, die Unternehmer dagegen erklären sich zur Zahlung von 7 Proz. bereit. Diese lächerliche Differenz ist bezeichnend für die Unternehmer; für die Arbeiterschaft konnte sie kein Grund sein, es deswegen zum Konflikt kommen zu lassen. Sie hat sich darum damit einverstanden erklärt.

Nürnberg-Fürth. Unsere vierteljährliche Hauptversammlung, verbunden mit Ehrung von 5 Kollegen, hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Dem von Weintäder erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Ende des 3. Quartals erwartete gute Geschäftsgang leider ausgeblieben ist. Statt einer Belebung trat schon Anfang September eine ganz bedenkliche Flaute ein. Die Krise hat sich seither von Woche zu Woche gesteigert, so daß jetzt Entlassungen in größerer Anzahl und Kurzarbeit an der Tagesordnung sind. Natürlich hat diese Rückwärtsentwicklung des Geschäftsganges auch nachteilig auf die Mitgliederbewegung gewirkt. Es sind 100 Zugänge zu verzeichnen, von denen jedoch 92 schon Ende August vorlagen. Der Verbandstag hat eine gute Aufbauarbeit geleistet durch die Verbesserungen aller Unterstützungseinrichtungen, so daß die Mitglieder im Verbandsrat jetzt wieder einen wirksamen Schutz in allen Beschäftigungsfragen des proletarischen Lebens finden können. Weintäder verwies auf den heftigsten Kampf in der chemischen Industrie, in der 7 Wochen gestreikt werden mußte, um einen Lohnabbau reiflos abzuwehren. Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, daß sich unsere Unterstützungseinrichtungen sehr gut bewährt haben. Unsere in diesen Kampf vermittelten Mitglieder erhielten eine weit höhere Streikunterstützung als die anderer Verbände mit niedrigen Beiträgen.

Eine Nachprüfung der bis Januar festgelegten Löhne konnte infolge des eingetretenen schlechten Geschäftsganges nicht erfolgen. Dagegen müssen alle Kollegen und Kolleginnen auch zu Zeiten des aller schlechtesten Geschäftsganges strikte daran festhalten, daß die bestehenden tariflichen Rechte reiflos aufrechterhalten werden. Durchführbare Verbesserungen werden wir bei gutem Geschäftsgang wieder erreichen können.

Noch immer waren bei schlechtem Geschäftsgang Versuche der Unternehmer zu verzeichnen, die tariflichen Rechte zu durchbrechen. Dadurch entsteht eine umfangreiche Tätigkeit am Ort sowohl als auch im Bau. Jedoch wird durch diese Tätigkeit erreicht, daß auch in der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen Krise alle Verschlechterungsabsichten abgewehrt werden können. Alle Berufsangehörigen müssen den erforderlichen Mut aufbringen, jeden Versuch zur Umgehung der tariflichen Rechte sofort der örtlichen bzw. Gauleitung mitzuteilen, damit diese unverzüglich die nötigen Abwehrmaßnahmen treffen kann.

Der wirtschaftliche Niedergang muß allen Gleichgültigen die Augen öffnen und diese zur Erkenntnis bringen, daß nur allein im Verband ihre Interessen gewahrt werden können. Alle Vertrauensleute und Betriebsräte müssen auf der Hut sein und streng darauf achten, daß alle Beschäftigten dem Verbandsangehörigen. Große Aufgaben müssen erfüllt werden. Dazu braucht es lächelnde Gesichtslosigkeit und Einigkeit! Die Mitgliederzahl, die am 1. Juli 1922 männliche und 1515 weibliche betrug, ist am 1. Oktober auf 235 männliche und 1547 weibliche gestiegen. Wir haben somit eine Zunahme von 35 Mitgliedern.

Die Ehrung unserer Jubilare wurde eingeleitet mit einem Musikvortrag und einem weiblichen Lied, vorgelesen von zwei Töchtern eines Verbandsangehörigen. Hierauf begrüßte Weintäder die Jubilare. Er betonte, daß diese wackeren Kämpfer schon frühzeitig zu der Erkenntnis kamen, daß die Organisation der Arbeiterschaft eine eiserne Notwendigkeit ist. Diese Erkenntnis gab ihnen Mut, Kraft und zähe Ausdauer. Der Idealismus sorgte dafür, daß sie das Banner der Solidarität stets hochgehalten haben. Die Tatsache, daß wir immer mehr Kämpfer zu verzeichnen haben, deren Jugendjahre zum Verband 25 Jahre und mehr beträgt, lehrt, daß die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist. Wenn jemals eine Macht der Welt die Zerstörung der Gewerkschaften hätte vollbringen können, dann wäre dies in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts geschehen. Es sei nur auf das Ausnahmegeheiß hingewiesen, das brutalste Gewalt mobil machte. Diese grausamen Unterdrückungsmaßnahmen brachten das Gegenteil von dem, was die herrschenden Klassen erreichen wollten. Die in großer Zahl des Landes vertriebenen Familienväter der „Kara Bismarck“ trugen den Gedanken der Organisation in alle Welt hinaus, wobei er auf guten Boden fiel und herrliche Blüten und Früchte trug. Heute sind die Gewerkschaften zu einem Machtfaktor geworden, mit dem selbst alle öffentlichen Gewalten zu rechnen haben. Sicher ein glänzender Beweis

dafür, daß in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gedanke der Arbeiterorganisation begründet ist. Daraus ergibt sich die Erkenntnis von selbst, daß fleißige, ununterbrochene, mit zäher Ausdauer betriebene Werbearbeit erforderlich ist, bis auch der letzte Kollege, die letzte Kollegin in unseren Reihen mit uns marschiert.

Ganz besonders ist der jüngeren Generation zu sagen, daß sie sich an den alten, zähen Kämpfern ein Beispiel zu nehmen hat. In deren Fußstapfen muß die Jugend treten, eingedenk dessen, daß sie dazu berufen ist, das mit schweren Kämpfen geschaffene Werk zu vervollständigen und zu vollenden!

Im Anschluß an die Begrüßung der Jubilare erfolgte die Ubergabe des Diploms des Verbands-

vorstandes und der von der Zahlstelle gelpendeten Anerkennungen. Es sind dies die Kollegen Falkner, Geier, Kellermann, Stamm und Ling. Für die Jubilare sprachen die Kollegen Kellermann und Stamm den Dank für die Ehrung aus. Hierbei wurden Erinnerungen aus früherer Zeit wieder lebendig, die den Anwesenden zeigten, wieviel Mut, Fähigkeit und Ausdauer früher von jedem einzelnen an den Tag gesetzt werden mußte, um dem Verband treu bleiben zu können. Eine gemütliche Unterhaltung mit Musik, Gesang und Vorträgen hielt die von gutem Geiste belebte Versammlung beieinander bis zur späten Stunde. Alle Teilnehmer haben in dieser Versammlung eine gründliche Aufmunterung erfahren, die zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Für die Wahl der Arbeitgeber zum Vorstand der Kasse sind auf gültigen Wahlvorschlag nur sozial Beweiser genannt, wie zu wählen waren. Gemäß § 9 der Wahlordnung gelten diese daher als gewählt.

Bei der am 24. November 1925 abgehaltenen Wahl der Arbeitnehmer zum Vorstand der Kasse sind 59 gültige Stimmen abgegeben worden, von welchen 34 auf Liste 1 und 25 auf Liste 2 entfielen. Erstere erhält demnach 5, letztere 3 Mitglieder und deren Ersatzpersonen zum Vorstand.

Als gewählt aus der Gruppe der Arbeitgeber gelten:

- | | |
|----------------------------------|-------------------|
| 1. Hermann Kaufmann, | 3. Bruno Lischke, |
| 2. Max Schwedhelm, | 4. Otto Richter, |
| aus der Gruppe der Arbeitnehmer: | |
| 1. Karl Gottesmann, | 5. Friede Absher, |
| 2. Ferdinand Kiebert, | 6. Selma Peter, |
| 3. Georg Blumberg, | 7. Paul Riemer, |
| 4. Hugo Holzweiß, | 8. Franz Umlauf. |

Einsprüche gegen die Wahl sind innerhalb eines Monats beim Kassenvorstand oder Versicherungsamt der Stadt Berlin anzubringen.

Berlin, den 25. November 1925.

Der Vorstand

der Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.
K. Gottesmann, Vorsitzender. F. Kiebert, Schriftführer

Sterbetafel.

Im Monat November sind uns folgende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

- Berlin: Paul Rothe, Buchbinder, 63 Jahre.
 - Otto Schwäbe, Buchbinder, 45 Jahre, Lungenleiden.
 - Oskar Sobed, Buchbinder, 62 Jahre, Herzschlag.
 - Martha Böhm, Kartonnagenarbeiterin, 53 Jahre, Herzschlag.
 - Emma Springmann, Buchbinderarbeiterin, 28 Jahre, Darmleiden.
 - Chemnitz: Elise Kloth, Kartonnagenarbeiterin, 36 Jahre, Asthma und Herzleiden.
 - Guben: Erich Heißig, Buchbinder, Lungenleiden.
 - Lahr: Robert Speck, Cuisinier, 16 Jahre, Freitod.
 - Magdeburg: Eugen Schröder, Buchbinder, 42 Jahre, Freitod.
 - Stuttgart: Karl Braun, Buchbinder, 39 Jahre, Lungenleiden.
 - Anton Glöck, Buchbinder, 25 Jahre, Lungenleiden.
 - Albert Müller, Buchbinder, 61 Jahre, Magenleiden.
 - Torgau: Anna Fehrenbach, Buchbinderarbeiterin, 52 Jahre, Herzleiden.
- Allen ein ehrendes Andenken.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Beitragsleistung der weiblichen Mitglieder für die Invalidenunterstützung. Alle weiblichen Mitglieder, die sich spätestens vom 1. Januar 1926 ab an der Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung beteiligen, erhalten von den bis zum 1. Oktober 1925 geleisteten Beiträgen auf die für die Invalidenunterstützung vorgesehenen Karenzen angerechnet:

- a) alle in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1922 in der 5., 6. oder 7. Beitragsklasse geleisteten Beiträge,
- b) die in der Zeit vom 1. Juli 1922 bis zum 1. März 1923 in besonderer Beitragskarte gehaltenen Zusatzmarken,
- c) von den in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Dezember 1923 geleisteten Beiträgen alle von der 9. Klasse an aufwärts geleisteten,
- d) alle in der Zeit vom 1. Dezember 1923 bis zum 1. Oktober 1925 geleisteten Beiträge, dem Wert nach umgerechnet in solche der 3., 4. oder 5. Beitragsklasse,
- e) je nach dem Alter, in dem das betr. Mitglied stand, als es erstmals mit der Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung begann, $\frac{1}{6}$ bis $\frac{5}{6}$ der vor dem 1. Juli 1922 geleisteten Beiträge.

Eine Anrechnung dieser Beiträge erfolgt jedoch nur für diejenigen weiblichen Mitglieder, die spätestens vom 1. Januar 1926 ab entweder in der 4. oder 5. Beitragsklasse steuern oder als Mitglieder der 3. Beitragsklasse durch Leistung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 10 Pf. sich die Anrechte auf Invalidenunterstützung erwerben. Letztere müssen dann die besonderen Beitragsmarken der Klasse 3 Inv. zum Preise von 75 Pf. (ohne Lokalaufschlag) kleben.

Wer erst nach der ersten Beitragswoche des Jahres 1926 mit der Beitragsleistung beginnt, hat kein Anrecht mehr auf die Anrechnung der vorher geleisteten Beiträge.

Wir ersuchen die Gau- und Ortsverwaltungen, ihre weiblichen Mitglieder in geeigneter Weise auf diese Bestimmungen hinzuweisen und für möglichst zahlreiche Beteiligung der Kolleginnen an der Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung besorgt zu sein.

2. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sowie über den Geschäftsgang in den Betrieben fehlen noch von verschiedenen Orten. Wir bitten daher um postwendende Einsendung derselben.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 1. Dezember bei der Verbandskasse ein von:

Göttingen 528,15 Mt., = Gießen-Wehlar 332,78 Mt., = Halle 1320,— Mt., Schleiz 1150,— Mt., Tennstedt 72,40 Mt., = Trossingen 400,— Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen: Stolp, = Münster, = Cleeve, Koblenz, = Mühlhausen, = Halbnöden, Sebnitz, Zwickau.

Adressenveränderungen.

- B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.
- Halle. B.: A. Hohndorf, Torstr. 53 I.
- K.: S. Bieler, Torstr. 44 II.
- Mainz. B.: S. Bernhardt, Breghenheim bei Mainz, Schulstr. 29.
- K.: J. Böchner, Mainz, Untere Zehlbacher Str. 32.
- Danzig. Graphischer Bund.
- Geschäftsführer: A. Hübner, Danzig, Karpfensteigen 26.
- Der Verbandsvorstand.